

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Die Umstände könnten zur Rückkehr zwingen  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093106>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Umstände könnten zur Rückkehr zwingen

Nach der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung für ein unabhängiges Bosnien-Herzegowina haben die drei Volksgruppen sich auf eine neue Struktur der Republik geeinigt. Demnach soll das Land in drei «Kantone» mit weitgehend autonomen Befugnissen aufgeteilt werden. Welche Chancen hat das Land, dadurch einen Bürgerkrieg zu vermeiden? Dieser Frage ist unser Korrespondent aus Belgrad, Ljubomir Matić, nachgegangen.

Die Wellen von Emotionen der verschiedenen Nationalitäten in Bosnien-Herzegowina schlagen hoch, nicht nur aus historischen Gründen, sondern auch aus sozialen. Wen wundert es da, dass Nationalistenführer Auftrieb erhalten, die sich weniger durch politische Vernunft als ihrerseits durch Emotionen und Extremismus leiten lassen? Und eine Bevölkerung, die zu 15 Prozent aus Analphabeten besteht und die sich ihren Rat eher bei der Kirche oder der Moschee denn beim Arzt oder dem Anwalt holt, ist anfällig für einfache Lösungen und Rezepte. Entsprechend gross ist denn auch der Einfluss der orthodoxen, der katholischen und der islamischen Geistlichkeit auf die bosnische Politik.

### Nationale statt soziale Lösungen

Das wurde denn auch von einem der führenden bosnisch-herzegowinischen Katholiken und Professor an der Sarajewoer theologischen Fakultät, Marko Osolovic, öffentlich bestätigt. Er betonte, dass vor allem der lokale Klerus die gewalttätigen Auseinandersetzungen schüre. Entsprechende Äusserungen von Geistlichen der orthodoxen und muslimischen Religion gibt es zwar leider nicht, aber alles, was sie sagen und tun, lässt denselben Schluss zu.

Tragisch ist, dass die Bevölkerung — unabhängig von Nationalität und Glaubenszugehörigkeit — Frieden will und ihr stattdessen Krieg aufgezwungen wird. Sie ist mit einer Inflationsrate von 10'000 Prozent konfrontiert und rutscht in immer tieferes Elend. Entsprechend unfähig ist sie, den Extremisten der eigenen Nationalität und denjenigen der Nachbarn zu widerstehen, während die Politiker, die sich ihrer Ohnmacht bewusst sind, diese Probleme zu lö-



Junge Bosnier wollen die Unabhängigkeit der Republik (Foto: Keystone).

sen, der Bevölkerung nationale statt soziale Werte bieten.

### Schwache Wirtschaft

Bei der Zustimmung zur Vereinbarung über die neue Struktur der Republik ging die muselmanische Partei der demokratischen Aktion (SDA) aus vom Konzept eines demokratischen, unabhängigen und souveränen Bosnien-Herzegowina als einer Republik aller gleichberechtigten, freien Bürger, die in erster Linie Bürger und erst dann Angehörige eines Volksstammes sind, und die einer Zentralmacht unterstehen. Ein solches Konzept wäre durchaus annehmbar, wenn dem nicht wesentliche Elemente entgegenstünden.

Vor allem stellt sich die Frage, ob die wirtschaftliche Grundlage für die Errichtung eines solchen Staates überhaupt besteht. Darüber aber schweigen sich die Parteiführer aus. Sicher ist, dass ein solcher Staat wirtschaftlich auf sehr schwachen Füßen stünde. Berücksichtigt man, dass Bosnien-Herzegowina jahrzehntelang auf Bundesbeistand angewiesen war und auch mit dieser Hilfe nur mühsam hinter Slowenien, Kroatien oder Serbien prosperierte, be-

rücksichtigt man weiter seine marginale Bedeutung im internationalen Rahmen und schliesslich die Tatsache, dass seine Wirtschaft während 70 Jahren in der gesamtjugoslawischen Wirtschaft integriert war, von der es als unabhängiger Staat praktisch losgelöst wäre, dann ist die Zukunft eines solchen Staates nur schwer einschätzbar.

### Zweifelhafte Muslimpartei

Beunruhigend sind die Postulate der Partei. Ihr Führer, Alija Izetbegovic, der zugleich Präsident der Republik ist und damit auch Präsident aller Bürger sein sollte, demonstriert einen hohen Grad enger Parteiansichten und muselmanischer Ideologie. Zu Titos Zeiten wurde er — wie viele andere politische Gegner — eingekerkert; im Unterschied zu den anderen aber, die sich meist für mehr Freiheit und Demokratie exponiert hatten, vertrat Izetbegovic Ideen, die heute als «islamischer Fundamentalismus» bezeichnet werden. Seine nie entscheidend und überzeugend dementierten Erklärungen, wonach Bosnien-Herzegowina in einen islamischen Staat umgewandelt werden sollte, sobald die Muslime wegen ihrer hohen Geburtenrate die

Mehrheit innehätten, sowie dessen Unterstützung ausgerechnet durch den libyschen Diktator Ghaddafi (mit immerhin 50 Mio US-Dollar) und sein Buhlen um die Gunst anderer muslimischer Staatsoberhäupter, von denen er Hilfe auch im Kriegsfall erwartet, haben bei Kroaten und Serben Misstrauen hervorgerufen.

Dieses Misstrauen wird noch verstärkt durch das Bestreben seiner Partei, über Bosnien-Herzegowina hinaus in anderen Republiken mit islamischen Bevölkerungsanteilen, besonders im Gebiet des Sandshaks in Serbien, Fuss zu fassen. Zudem pocht die Parteiführung darauf, dass es gerade die islamische Minderheit sei, die in Jugoslawien benachteiligt und unterdrückt worden sei. Das aber sind Argumente, die zur politischen Propaganda aller Nationalitäten in den postkommunistischen Regimen multinationaler Staaten gehören.

### Abtrünnige Kroaten

Auch die Demokratische Kroatische Union (HDZ) stimmte dem Abkommen für einen unabhängigen Staat Bosnien-Herzegowina mit drei «Kantonen». Doch der extremistische Flügel der Partei will einen Anschluss der Westherzegowina an die Republik Kroatien. Und diese Extremisten werden unterstützt durch die Zagreber «Falken» um Dobrosav Paragas von der kroatischen Rechtspartei, der ohnedies mit der Politik des kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman unzufrieden ist. Dieser entgegnete solchen Forderungen nur schwach, indem er vorschlug, den Kroaten Bosnien-Herzegowinas die Doppelbürgerschaft zuzugestehen.

Doch auch in anderer Hinsicht präsentiert sich die Lage in Bosnien-Herzegowina äusserst kompliziert. Denn die Nationalitäten sind über die ganze Republik verstreut. Es ist hier allerdings darauf hinzuweisen, dass die folgenden Zahlen auf Erhebungen aus dem Jahre 1981 basieren, die erst vor wenigen Monaten publiziert worden sind.

### Der bosnische Flickenteppich

Demnach bestanden damals in Bosnien-Herzegowina 109 Gemeinden. Bei 48 von

ihnen stellte die muslimische Bevölkerung die Mehrheit, bei 39 die serbische und bei 22 die kroatische. Bei diesen Erhebungen wurden offensichtlich nur die drei Hauptvölker berücksichtigt, andere Minderheiten und solche, die sich als «Jugoslawen» empfanden, aber einfach ignoriert. Dies trifft besonders in den Städten zu, in denen sich immerhin 18,6 Prozent der Einwohner als «Jugoslawen» empfanden und sogar manchmal die Mehrheit stellten.

Hinzu kommt, dass diejenigen Gemeinden, deren Mehrheiten Serben, Kroaten oder Muslime ausmachen, über das ganze Republiksgebiet zerstreut sind. Deshalb kann auch für grössere Gebiete wie Bosanska Krajina, Cazinska Krajina, Ost- und Westherzegowina nur bedingt behauptet werden, dass sie «serbisch», «muselmanisch» oder «kroatisch» sind, weil überall Enklaven anderer Volksangehöriger existieren.

Zudem sind die Gemeinden selbst auch nicht homogen. In 37 Gemeinden lebten nur relative Mehrheiten einer der drei Hauptnationalitäten. So zählte man bspw. in Bugojno 16'214 Muselmanen, 14'187 Kroaten und 7'458 Serben. Die führende muselmanische Bevölkerung stellte damit 40,6 Prozent der Gesamtbevölkerung; oder Derventa, wo 23'629 Kroaten, 22'840 Serben und 6'034 Muselmanen lebten. Und ein besonders krasser Fall war die Gemeinde Cajnice, wo 4'882 Serben, 4'880 Muselmanen und 16 Kroaten leben. Ganze zwei Einwohner entscheiden hier also darüber, dass die Gemeinde als «serbisch» eingestuft würde. So gesehen stellen die Muslime in Bosnien-Herzegowina in 48 Gemeinden die Mehrheit, in 33 eine absolute, in 15 eine relative. Bei den Serben ist dieses Verhältnis 28:11, bei den Kroaten 11:11.

### Gross-Serbien via Hintertür?

So ist ziemlich unwahrscheinlich, dass ein wirksamer Minderheitenschutz gewährleistet werden kann. Je nach dem, wie die «Kantonsgrenzen» gezogen werden, bleiben mindestens 1,5 Millionen Menschen ausserhalb «ihres» Kantons. So ist die Idee der Serbischen Demokratischen Partei (SDS) geradezu grotesk, aus Bosnien-Herzegowina gar eine «Konföderation» machen zu wollen, indem sie sich auf die Be-

hauptung stützt, ein Zusammenleben zwischen dem serbischen Volk einerseits und dem kroatischen und dem muslimischen andererseits sei nicht mehr möglich.

Solche Erwägungen können nur zu noch tieferen nationalen und religiösen Spaltungen führen. Nimmt man z. B. Han Pijesak, wo 84 Prozent Serben und nur knapp 5 Prozent Muselmanen leben, oder Cazin, wo 95 Prozent Muselmanen und ganze 1,4 Prozent Serben leben, so muss diesen Minderheiten doch ein besonderer Schutz zukommen. Je tiefer aber die Spaltung, desto wahrscheinlicher wird die Entrechtung der Minderheiten. Und dies wiederum dürfte zu Aufruhr in den «Mutterkantonen» der jeweiligen Minderheiten führen und dazu, deren Brüdern ausserhalb der Kantone Beistand zu leisten.

### Menschenrechte und Marktwirtschaft

Der einzige Ausweg aus dieser Sackgasse wäre deshalb nicht die Teilung in Regionen, über deren Grenzziehungen sowieso unter den drei grossen Parteien sehr unterschiedliche Vorstellungen bestehen, sondern Frieden und Demokratie, die die Freiheit und Würde eines jeden Bürgers, ohne Rücksicht auf seine Herkunft, auf dem ganzen Republiksgebiet sicherstellte. Zudem braucht es freie Marktbedingungen und die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Verbindungsnetzes innerhalb der Republik und mit dem Gesamttraum.

Das würde eine einheitlich organisierte Republik bedeuten mit Institutionen, die die Menschenrechte — wenn nötig auch unter internationaler Überwachung —, gewährleisten. Es würde auch bedeuten, dass Bosnien-Herzegowina auf dem Prinzip der freien Marktwirtschaft und einem einheitlichen monetarischen Prinzip mit dem ehemals jugoslawischen Raum zusammenarbeiten würde. Zurzeit wird dies weder in Bosnien-Herzegowina, noch in Kroatien oder Serbien, die beide vor einem Wirtschaftskollaps und sozialem Aufruhr stehen, eingesehen. Aber die Politiker auf allen Seiten stehen mit dem Rücken zur Wand. So betrachtet kann es nur eine Umkehr geben. Und die herrschenden Umstände könnten die Politiker zu eben dieser Umkehr zwingen.